

# Weil weist Agrarministerin mit Machtwort zurecht

Eigenmächtige Pläne von Otte-Kinast (CDU) gestoppt - Kompensation für Regionen

VON MARCO SENG

**HANNOVER.** Im Koalitionsstreit um EU-Fördertöpfe hat Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) offenbar die Pläne von Agrarministerin Barbara Otte-Kinast gestoppt, die Zuschüsse in Niedersachsen neu zu verteilen. Auch künftig sollen alle vier Ämter für regionale Landesentwicklung (ÄrL) weiterhin rund 25 Prozent der Millionen-Förderung für den ländlichen Raum erhalten.

Otte-Kinast hatte am Mittwoch angekündigt, dass die Regionen Weser-Ems und Lüneburg mehr Geld bekommen, Braunschweig und Leine-Weser dagegen weniger. Jetzt sieht der Kompromiss zwischen SPD und CDU aber vor, dass Braunschweig und Leine-Weser in diesem Jahr eine Kompensation aus anderen Fördertöpfen erhalten. 2019 soll die alte 25-Prozent-Regelung wieder eingeführt werden, nach der in den vergangenen fünf Jahren das EU-Geld verteilt wurde. Das sollen Otte-Kinast und Europaministerin



Eckt beim Regierungschef an: Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast (CDU).

FOTO: DPA

Birgit Honé (SPD) am Donnerstag auf Drängen von Weil vereinbart haben.

Zuvor hatte es von SPD-Seite den Vorwurf gegeben, Otte-Kinast würde die CDU-Hochburgen im Westen und Norden Niedersachsens bei der Verteilung bevorzugen. Offenbar hatte sich vor allem der Braunschweiger Landesbeauftragte Matthias Wunderling-Weilbier (SPD) beim Ministerpräsidenten beschwert. Braunschweig hätte

durch die Pläne von Otte-Kinast rund 8 Millionen Euro aus der sogenannten ZILE-Förde-

**„ Wir werden prüfen, wie wir damit vorankommen.**

Barbara Otte-Kinast, Agrarministerin, zur Verwendung von Fördermitteln

rung (Zuwendung zur integrierten ländlichen Entwicklung) verloren. Bei einer Fra-

gestunde am Freitag im Landtag bezeichnete Otte-Kinast ihre Pläne als Modell. „Wir werden prüfen, wie wir damit vorankommen“, erklärte die CDU-Politikerin.

Otte-Kinast hatte die Neuverteilung unter anderem damit begründet, dass Geld aus dem Fördertopf für Agrar und Küstenschutz (GAK) nicht gleichmäßig von den vier Bezirken abgerufen worden sei. Das Agrarministerium ist dafür aber offenbar mitverantwortlich. Aus einem internen Papier der Landesregierung geht hervor, dass 2017 GAK-Mittel in Höhe von rund 4,7 Millionen Euro verfallen sind, also an den Bund und das Finanzministerium zurückgegeben werden mussten.

Otte-Kinast bestritt das im Landtag nach einer Frage der FDP zunächst: „Es sind keine GAK-Mittel zurückgeflossen.“ Später räumte sie auf eine weitere FDP-Frage die Summe ein. Dafür sei aber ihr Amtsvorgänger Christian Meyer (Grüne) verantwortlich, betonte die CDU-Politikerin.